

Rechtsanwälte  
**Tronje Döhmer \* Uta Steinbach \* Axel Steinbach**  
in Kooperation

DAV-Ausbildungskanzlei Döhmer \* Bleichstr. 34 \* 35390 Gießen

Landgericht Gießen  
Ostanlage 15  
**35390 Gießen**

RA Döhmer - DAV-Ausbilder  
- **Strafverteidiger**  
- Insolvenz-, Arbeits-, IT-Recht, FamR  
35390 Gießen, Bleichstr. 34 (Parken im Hof)  
Tel : 0641/97579-0 / Fax 97579-31  
**RAin Steinbach\* & RA Steinbach\*\***  
\* - Fachanwältin für Familien- & Medizinrecht -  
\*\* - Fachanwalt für Verkehrsrecht -  
35619 Braunfels, Wetzlarer Str. 1

Gießen,

Sachbearbeiter: RA Döhmer

Aktenzeichen: 22-08/00116 vö

Bei Schriftverkehr und Zahlung bitte angeben! Danke!

**- 8 Ns – 501 Js 15915/06 -**

**In der Strafsache  
gegen Jörg Bergstedt u. a.**

können nach Ansicht der Verteidigung die sorgfältig vom Angeklagten Bergstedt ermittelten Einzel- und Gesamtumstände nicht unberücksichtigt bleiben. Das Gericht müsste sich die Frage stellen, wie zu erkennen wäre, wenn die in der Broschüre mitgeteilten Umstände der Wahrheit entsprechen würden. Anhaltspunkte dafür, dass dies nicht der Fall ist, sind weit und breit nicht zu erkennen. Gegenteilige Feststellungen konnten auch in der Hauptverhandlung nicht getroffen werden.

Die in den am 16.09.2009 in der Hauptverhandlung verkündeten Beschlüsse konnten daher auf Seiten der Verteidigung nur Betroffenheit auslösen. Die vom Angeklagten ermittelten und in der Broschüre festgehaltenen Tatsachen sind fraglos für die Entscheidung von Bedeutung. Das gilt für die Schuldfrage (§ 34 StGB) ebenso wie für die Straffrage.

Das Gericht mag dies erneut erwägen, soweit die nachfolgenden Beweisanträge Nr. 101 bis 166 zu bescheiden sind.

Die in den Fuß- bzw. Randnoten der Broschüre aufgezählten Quellentexte und Urkunden werden dem Gericht auf Verlangen vom Angeklagten direkt und binnen weniger Stunden vorgelegt.

(101) Rücksichtslose und profitorientierte GentechnikbefürworterInnen bestimmen

nun den Ort. Entstanden ist ein Wolf im Schafspelz, ein Ort der Gehirnwäsche für Gentechnik unter dem Banner der Nachhaltigkeit. BesucherInnen von Bildungsveranstaltungen zur Nachhaltigkeit im Stiftsgut Üplingen werden durch Gentechnik-Pflanzungen geführt. Das gutgemeinte (aber von Beginn an schlecht gemachte) Engagement für eine gute Sache wird der Gentechnik geopfert. Die absurde Verbindung wird im Prospekt des Gentechnik-Schaugartens<sup>82</sup> sogar offen benannt: „Der Ort Üplingen wurde von der UNESCO und dem Deutschen Nationalkomitee 2005 im Rahmen der UN-Dekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ ausgezeichnet. Damit ergeben sich für die Schaufarm zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Fortentwicklung dynamischer Bildungsprojekte.“ Wie das praktisch aussieht, ließ sich im September 2008 bestaunen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 82 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(102) Das 6. Symposium ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ am 27.09.2008 im Stiftsgut Üplingen, als Beitrag zum ‚Tag der Regionen‘ und zu den ‚Aktionstagen Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ der Deutschen UNESCO-Kommission/Nationalkomitee ... Geplante Programmpunkte sind: ... Darstellung des ‚Schaugartens Üplingen‘ mit den ‚Pflanzen der Zukunft‘.<sup>83</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 83 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(103) Betreiber ist die Biotech Farm GmbH & Co KG mit Sitz in Üplingen, Geschäftsführerin die schon benannte Kerstin Schmidt aus den Seilschaften um das AgroBioTechnikum. Die Firmenkonstruktion ist nicht gerade ein Beweis, dass die AkteurInnen ihrem eigenen Tun vertrauen. Denn hier ist die Haftung ausgeschlossen. Die Beteiligten sacken für ihre dubiosen Firmenkonstrukte umfangreiche Firmen- und Steuergelder ein. Käme es aber zu Problemen, stünde da eine Firma, die für wenig bis nichts haftet. Und die MacherInnen sind fein raus - Gentechnik als großes Lottospiel auf Kosten der Menschen und der Umwelt. Am 12. März 2009 wurde der Schaugarten von GentechnikgegnerInnen besetzt. Im Konflikt beanspruchte Kerstin Schmidt mit ihrer Firma das Hausrecht über das gesamte Gelände und das halbe Dorf.<sup>84</sup> Deutlicher ist die Machtübernahme der Gentechnikmafia kaum darzustellen. Die Lage kann sich weiter zuspitzen, wenn Konzerne und das nahegelegene JKI in Quedlinburg ebenfalls verstärkt die Üplinger Flächen nutzen wollten. Schon 2009 waren insgesamt neun Freisetzungsversuche angemeldet - Rekord in Deutschland.<sup>85</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 84 und 85 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(104) Neben den konkreten Orten gentechnischer Experimente und versickernder Steuermillionen haben sich zwischen Konzernen, Behörden und Forschungszentren zahlreiche Lobbygruppen und intransparente Treffpunkte gebildet. Durchführung, finanzielle Förderung und Kontrolle sind dort auch personell ein- und dieselbe Sache. Im wichtigsten Lobbyverband pro Gentechnik sitzen Vertreter gentechnikbefürwortender Parteien und Organisationen einträchtig neben Beamten aus Behörden und Fördermittelvergabestellen, Landräten, aber auch den großen Konzernen und kleinen Newcomern der Gentechnik. InnoPlanta e.V. ist der lauteste und oft inhaltsleere Marktschreier für die uneingeschränkte Nutzung manipulierter Tiere und Pflanzen im Land und bezeichnet sich selbst als „Plattform zur Unterstützung von Landwirten, welche die Vorteile moderner Pflanzenbiotechnologie nutzen wollen“.86

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 86 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

Dass im Vorstand einer solchen Plattform BASF, Bayer und viele kleine Firmen sitzen, die - mit Fördermitteln vollgepumpt - in den letzten Jahren ihr Glück als GentechnikerInnen versuchten, mag wenig überraschen. Was aber machen die Geschäftsführerin der regionalen Wirtschaftsförderung, der Vize des Landesbauernverbandes, ein Mitarbeiter des staatlichen JKI und ein Landrat im Vorstand? Warum agieren im Beirat der ehemalige Wirtschaftsminister und ein wichtiger Beamter der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel?

(105) Insgesamt vereinigt InnoPlanta rund 60 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Finanzen und Politik. Im Beirat sitzen Klaus-Dieter Jany (BfEL) und Jens Katzek (BIO Mitteldeutschland). Genius als Mitglied übernimmt PR-Aufgaben. Unter den weiteren Mitgliedern sind KWS, NovoPlant, SunGene und TraitGenetics (Gatersleben), BIO Mitteldeutschland, Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ Quedlinburg, jetzt JKI) und das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK Gatersleben).87

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 87 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung

- zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(106) Etwas überraschend ist, dass InnoPlanta nicht nur als Lobbyist agiert, sondern auch selbst eine Vielzahl von Versuchen koordiniert und initiiert - und dabei vor allem riesige Mengen Forschungsgelder einsammelt. Beim InnoRegio-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erhielt das Netzwerk, das im Jahr 2000 gegründet wurde, rund 20 Mio. € Fördermittel. Das InnoPlanta-Netzwerk bearbeitet oder bearbeitete mit diesen Fördergeldern nach eigenen Angaben 38 Projekte mit einem finanziellen Volumen von ca. 31 Mio. €. Erschreckend: Dabei sind fast alle AkteurInnen mit im Boot - von Forschungsinstituten über die Bundesbehörden bis zu Konzernen. Hier entwickelt der Filz einen mächtigen Akteur für die Sache Gentechnik, der gleichzeitig eine umfangreiche Geldverteilstelle ist. Folgende Projekte erhielten zudem 2007 Zuschüsse des BMBF:88

- Universität Halle für Maisversuch: 112.456 €
- IPK für 5 Versuche mit Weizen, Gerste und Rüben: 1.518.164 €
- SunGene für Raps-/Weizenversuche: 381.968 €
- Strube Saatzucht für Rübenversuche: 248.198 €
- Humboldt-Universität Berlin für Experimente an Ölpflanzen: 346.548 €

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 88 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(107) 2004 koordinierte InnoPlanta bundesweit den Erprobungsanbau von gentechnisch verändertem Mais. Neben Gentechnikkonzernen wie Monsanto und Pioneer, die Saatgut und finanzielle Unterstützung beisteuerten, war auch der Initiatorenverein des AgroBiotechnikums, FINAB, beteiligt. Hinzu kamen weitere Firmen: „An Kommunikationsmaßnahmen bzw. hierfür notwendigen finanziellen Mitteln beteiligten sich darüber hinaus Bayer CropScience, BASF Plant Science, Syngenta und die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB).“89

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 89 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(108) InnoPlanta ist durch und durch Seilschaft. Die Internetseiten von InnoPlanta und des Green-Gate-Internetportals werden von der gleichen Person verwaltet.90

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 90 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(109) Und InnoPlanta-Vorsitzender Uwe Schrader ist Initiator und Funktionär der BioTechFarm in Üplingen. Als 2006 der InnoPlanta-Arbeitskreis AGIL Patenschaften für von GentechnikgegnerInnen bedrohte Felder und Pflanzen sammelte, fanden sich unter den PatInnen nicht nur PolitikerInnen wie Christel Happach-Kasan (FDP-MdB) und Katherina Reiche (CDU-MdB), sondern auch Angehörige von Bundes- und Bundesaufsichtsbehörden wie Jany und Christian Gienapp von der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern. Am 17. und 19.4.2009 inszenierte InnoPlanta Demonstrationen für die Gentechnik in Üplingen. Etliche VersammlungsteilnehmerInnen erhielten nach eigenen Angaben Geld für ihre Teilnahme. Sie hielten einheitlich gefertigte Schilder mit aggressiven, aber inhaltsleeren Parolen hoch. InnoPlanta-Chef Schrader war selbst vor Ort und versuchte, direkte Gespräche zwischen seinen gekauften DemonstrantInnen und GentechnikgegnerInnen zu verhindern.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a) sowie
- die Damen und Herren Uwe Schrader, Christel Happach-Kasan, Katherina Reiche, Klaus-Dieter Jany und Christian Gienapp zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (b).

(110) Der WGG arbeitete lange wenig öffentlich, es liegt daher keine aktuelle Mitgliederliste vor. Klar ist: Klaus-Dieter Jany (BfEL/MRI) ist 1. Vorsitzender. 1998 zählten Buhk (BVL), Schiemann (BBA, jetzt JKI), Sinemus (TU Darmstadt, jetzt Genius) und Lobbyzeitschrifts-Autor<sup>91</sup> und späterer ZKBS-Experte Gerhard Wenzel zu den Mitgliedern - neben über 20 weiteren aus Universitäten, Forschungsanstalten und dem MPI Köln. Die Zusammensetzung zeigt die immer gleichen Namen der zentralen Gentechnik-Seilschaften um Buhk, Schiemann und andere.<sup>92</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 91 und 92 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herren Klaus-Dieter Jany, Buhk, Schiemann, Sinemus und Gerhard Wenzel zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(111) Überraschend griff der WGG am 4.3.2009 mit einem offenen Brief an die

Landwirtschaftsministerin Aigner in die Debatte um ein Verbot der grünen Gentechnik ein. Dabei lobte er die Arbeit von ForscherInnen und Bundesinstitutionen zur Gentechnik und empfahl der Ministerin, sich dort beraten zu lassen. Damit aber lobten sie schlicht sich selbst. Zudem räumten sie öffentlich ein, dass die Bundeskontrollbehörden eine völlig einseitige Position hatten und haben: „Nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik bergen sicherheitsbewertete und zugelassene transgene Pflanzen keine anderen Gefahren, als herkömmlich gezüchtete Pflanzen. Die Ihnen unterstellten Behörden bestätigen dies.“<sup>93</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 93 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(111a) Die letzte und zitierte Behauptung ist falsch. Sie entbehrt einer tatsächlichen und wissenschaftlichen Grundlage.

Zum Beweis dazu wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(112) Seit einiger Jahr hat der WGG eine umfangreiche Sammlung einseitiger Pro-Gentechnik-Texte im Internet zusammengestellt<sup>94</sup>. Vor allem von Jany kommen einige Stellungnahmen, die er über den WGG verbreitet. Was er darin schreibt, ist mehrfach widerlegt. Ein Beispiel für viele: „In ihrer natürlichen Umgebung sammeln Bienen Nektar und Blütenpollen, die zur eigenen Ernährung und der Ernährung der Brut dienen. Maisfelder sind dabei, solange Alternativen vorhanden sind, wenig attraktive Futterquellen (Trachtpflanzen).“<sup>95</sup> Tatsächlich ist Mais in seiner Blütephase sogar Lieblingspollenquelle der Bienen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 94 und 95 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

Außerdem wird dazu **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(113) Für den GGG (Gesprächskreis Grüne Gentechnik) gibt es weder eine Webseite noch eine Mitgliederliste. Er wurde 1997 wohl auf Initiative des Pharmaunternehmens Novartis gegründet, das damals auch noch über eine große Saatgutsparte verfügte, die später unter dem Namen Syngenta abgetrennt wurde. Kristina Sinemus (Genius) fungiert nach außen als Kontakt und organisiert den GGG. Auf der Webseite von Genius finden sich die wenigen verfügbaren Angaben zum GGG. Eine der wenigen weiteren Quellen zum GGG sind Interviews, die 1998 im Rahmen einer Forschungsstudie von den WissenschaftlerInnen Marion Dreyer und Bernhard Gill geführt wurden. Nach diesen Interviews waren auch die Vorläuferorganisationen des BVL (das Robert-Koch-Institut, RKI, und das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, BgVV) Mitglied im GGG. Als Kontaktadresse wird Kristina Sinemus genannt. Der GGG forderte ein Zulassungssystem, das „streng nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist,“ und meldete sich 2004 mit einer Presseerklärung zu Feldzerstörungen zu Wort. Stellvertretend wurde dort Anton F. Böner, Präsident des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) zitiert. 2005 trat der GGG mit Kristina Sinemus als Mitorganisator eines InnoPlanta-Forums in Sachsen-Anhalt auf.96+97

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 96 und 97 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),

- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen und Herren Kristina Sinemus, Marion Dreyer und Bernhard Gill zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(114) Ganz ähnlich dem WGG agiert das PRRI als Lobbyorganisation. Die „Public Research & Regulation Initiative“ wurde 2004 gegründet und vereint nach eigener Darstellung WissenschaftlerInnen, die so eine unabhängige Politikberatung organisieren. Doch die Zusammensetzung wirkt nicht zufällig - es sind genau die Gentechnikbefürworter, die in öffentlichen Stellen mit Genehmigungen und Expertisen die Gentechnik durchsetzen und Gefahren verharmlosen: Joachim Schiemann (BBA/JKI) und Hans-Jörg Buhk (BVL). Auch der Name Marc van Montagu als Präsident des europäischen Biotechnologieverbandes EFB verspricht kaum neutrale oder unabhängige Arbeit. Als Ziel nennt die Lobbygruppe: „PRRI wird weiterhin Regierungen, Organisationen und andere Betroffene über die aktuelle öffentliche Forschung in der modernen Biotechnologie informieren sowie über PRRI's Sorgen bezüglich der Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen. Wo nötig, wird PRRI weiterhin Missverständnisse und Fehlinformationen über Wissenschaft ansprechen.“<sup>98</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 98 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herren Joachim Schiemann, Hans-Jörg Buhk und Marc van Montagu zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(115) Die umfangreichen Seilschaften und die Verankerung solcher Lobbyisten in staatlichen Behörden führen auch hier dazu, dass die gentechnikbefürwortende Politikberatung von denen finanziert wird, die beraten werden - den staatlichen Stellen. Die PRRI wird im Rahmen des EU-Projekts „Global involvement of public research scientists in regulations of biosafety and agricultural biotechnology“ (genannt: Science4BioReg) gefördert, von 2006-09 mit einer Grundfinanzierung von 600.000 €. Hinzu kommen Gelder von Regierungen aus den USA und Kanada, industrienahen Organisationen wie ISAAA99 und nicht zuletzt durch CropLife International und das US Grain Council, die großes wirtschaftliches Interesse an Lockerungen des Biosafety-Protokolls haben. Laut Lorch/Then100 ist das PRRI ein typisches Beispiel für die konsequente Weiterführung der „Tarnkappen-Strategie“ - mit Unterstützung deutscher Regierungsexperten.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 99 und 100 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Haupt-



- verhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(116) Plants for the Future arbeitet seit 2003 an der Vorbereitung und Entwurf eines Visionspapiers. Seit 2006 Durchführung der EU Technology Platform ‚Plants for the Future‘ als Stakeholder-Forum. Mit dabei:

- Behörden: Schiemann (JKI) als Mitglied des Steering Committee, Co-Autor des Visionspapiers (2003) und Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe Horizontal Issues, Konstantin Freiherr von Teuffel (Forstl. Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg).
- Konzerne: Ralf-Michael Schmidt (BASF Plant Science), Markwart Kunz (Südzucker), Reinhard Nehls (Planta, Tochter von KWS).
- Lobbyverbände: Katzek (BIO Mitteldeutschland), Ferdinand Schmitz (BDP).
- Geldgeber: Ulrich Schurr (Forschungszentrum Jülich), Frank-Peter Wolter (Patent- und Lizenzagentur für GABI).

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 98 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herren Schiemann, Konstantin Freiherr von Teuffel, Ralf-Michael Schmidt, Markwart Kunz, Reinhard Nehls, Katzek, Ferdinand Schmitz, Ulrich Schurr und Frank-Peter Wolter zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(117) Die Gentechnikseilschaften kümmern sich nicht nur um Anwendung, Kontrolle und Förderung, sondern auch um die Propaganda. Neben der üblichen Pressearbeit, Publikationen und getarnten Auftritten als scheinbar ökologisch orientierte Gruppen sind wichtige Informationsplattformen im Internet geschaffen worden. Hier arbeiten die üblichen Seilschaften zusammen. Unmittelbar an die Öffentlichkeit wendet sich der GMO Kompass, der 2005-07 als EU-Projekt, dann von EuropaBio (2007) und dann vom BMELV (2007-08) finanziert wurde. Hauptträger des Projektes ist die Darmstädter Gentechnik-PR-Agentur Genius, die laut eigener Referenzenliste für verschiedene Ministerien, Behörden, Lobbyverbände und Firmen wie BASF, Bayer und Syngenta sowie die Gentechnik-Industrieverbände DIB und EuropaBio arbeitet.101

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 101 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, geschichts- und medienwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(118) Weiterer Träger sind die Organisatoren der Webseite transgen.de, die ursprünglich von der VerbraucherInitiative gestartet wurde, aber inzwischen vor allem von Gentechnikfirmen finanziert wird. Die ursprüngliche und weiter behauptete Nähe zu Verbraucherorganisationen gibt GMO Kompass den Anschein von Neutralität. Das redaktionelle Team ist identisch mit dem von biosicherheit.de: Kristina Sinemus und Klaus Minol von Genius sowie Gerd Spelsberg von TransGen, früher VerbraucherInitiative. Sie beschreiben sich selbst als „independent science journalists“, unabhängige Wissenschaftsjournalisten. Eingebunden, wie üblich, sind Behörden und Konzerne: Joachim Schiemann sitzt ebenso im Beirat wie der Industrieverband EuropaBio.102

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 102 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, geschichts- und medienwissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(119) Über den Dienst für das BioSicherheitsprogramm kassiert Genius 1,23 Mio. der 1,86 Mio. Euro Gesamtkosten. Begründet wird diese hohe Summe von Seiten der Bundesregierung damit, „dass eine unabhängige Berichterstattung über die Ergebnisse der Biologischen Sicherheitsforschung gewährleistet, dass sich die Menschen in Deutschland unvoreingenommen über Chancen und Risiken der Gentechnik informieren können“.103 Ausgerechnet die, deren Behörden die rechtlich vorgeschriebene Akteneinsicht verweigern, spielen sich als Garanten unabhängiger Informationsweitergabe auf ...

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 103 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(120) Hauptträger des Projektes ist die Darmstädter Gentechnikagentur Genius. Deren MitarbeiterInnen finden sich in fast allen einschlägigen Zirkeln und Gremien, in denen Industrie und Behörden zusammenkommen. Genius ist für die Politik und die Industrie zu einem gemeinsamen Scharnier geworden. Genius wird von beiden Seiten finanziell gefördert und übernimmt für Industrie und Regierung gleichermaßen Aufgaben der Kommunikation. Wichtigste Vertreter der Firma Genius sind Sinemus und Minol, die beide auch zusammen mit Prof. Hans Günter Gassen als Buchautoren tätig sind. Eine weitere Firma, aus dem Umfeld der TU Darmstadt und des Lehrstuhls von Professor Gassen ist die Firma BioAlliance, unter Leitung von Gabriele Sachse, die schon bei der Einführung der gentechnisch veränderten Sojabohne von Monsanto mitgearbeitet hatte - damals (und auch an anderer Stelle) in Kooperation wiederum mit einem Behördenvertreter: Klaus-Dieter Jany. Der war selbst von 1986-89 in Darmstadt tätig und veröffentlichte zusammen mit Gassen wissenschaftliche

Publikationen. Anschließend wechselte er an die Bundesforschungsanstalt (BfEL) in Karlsruhe.104

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 104 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(121) Das Internetprojekt TransGen war nicht von Beginn an als Propaganda für die Gentechnik gedacht, sondern ist vielmehr ein Beispiel für die Käuflichkeit und Anpassungsfähigkeit von Umwelt- und Verbraucherverbänden. Die Verbraucherinitiative hatte irgendwann die Idee, zusammen mit Gentechnikkonzernen eine Internetplattform zu gründen. Neutral sollte sie sein. Eine Propagandaplattform verschleierter Form ist sie geworden. Ein wichtiger Grund für den Wandel von einer kritischen Stimme zum Propagandaarm der Agrokonzerne war das Geld - im Rahmen von Gentechnik gibt es (neben der Pro-Gentechnik-Forschungsförderung) kaum finanzielle Quellen jenseits Konzernen und Lobbygruppen.105

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 105 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(122) Dankbar bejubeln inzwischen die Gentechnikeliten das Projekt TransGen, wie die Internetseite zeigt. Unter der Überschrift „Ich nutze transgen.de, weil ...“ äußern sie sich - die Liste liest sich wie ein Who-is-who der Seilschaften in Deutschland, u.a. mit den Versuchsbetreibern Broer, Karl-Heinz Kogel, Schmidt, Ingolf Schuphan, Bartsch (BVL/EFSA) und Schiemann (JKI, EFSA) aus Bundesbehörden und den Lobbyisten Schrader (InnoPlanta), Schmitz (BDP) sowie Jens Katzek (BIO), der selbst einmal als Gentechnikkritiker startete.106

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 106 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herren Broer, Karl-Heinz Kogel, Schmidt, Ingolf Schuphan, Bartsch, Schiemann, Schrader, Schmitz und Jens Katzek zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(123) InnoPlanta-Lobbyist IPK-Macher und BioTechFarmer Schrader formuliert sein

Lob eindeutig: „transgen.de kann ich nur jedem empfehlen - vor allem den Kritikern der Grünen Gentechnik.“<sup>107</sup> Deutlicher lässt sich wohl kaum formulieren, wem TransGen nach dem Mund redet. Die TransGen-Macher verfassten die Gentechnik-broschüre des vom BMELV geförderten Informationsdienstes AID.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 107 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Schrader zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(124) Das Geflecht dehnt sich ständig aus - oftmals unter schönen Decknamen wie der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft e.V. (FNL), unter deren Dach sich die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten von Bund und Ländern mit der Agrarindustrie, darunter den Gentechnikkonzernen versammeln.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(125) Ein besonderes Problem stellen Dachverbände dar. Vielfach decken ihre Mitglieder das gesamte Spektrum landwirtschaftlicher Tätigkeiten ab. Aber in den Verbandsspitzen dominieren die BefürworterInnen von Gentechnik und von industrialisierter Landwirtschaft im Allgemeinen. So bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Dort sitzen auch Ökolandbau-Verbände, auf der eigenen Internetseite wird die DLG als „neutrales, offenes Forum“ beworben. Doch die Praxis ist auch hier eine andere. der Spitzenfunktionär gehört zur Pro-Gentechnik-Clique. DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer befürwortete auf dem Unternehmertag am 3.9.2008 in Leipzig „die Ausschöpfung aller mobilisierbaren Potenziale auf fruchtbaren Ackerflächen.“ In der Pressemitteilung zu seiner Rede heißt es weiter: „Die Grüne Gentechnik werde vermutlich eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts sein. Sie ermögliche einen schnellen Zuchtfortschritt und sei deshalb in der Lage, die Ertragsfähigkeit von Pflanzen an die dynamisch steigende Nachfrage anzupassen, auch und gerade, wenn sich das Klima ändert.“<sup>108</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 108 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Carl-Albrecht Bartmer zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(126) Ganz ähnlich zeigt sich das Bild beim Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (BLL). Er vereinigt Firmen der Lebensmittelverarbeitung, darunter die Bio-Kette Basic und der Gentechnikfreiheit garantierende Hersteller Milupa. Bei vielen Mitgliedsfirmen<sup>109</sup> und -verbänden wird Gentechnik also abgelehnt, doch der Spitzenverband tritt ein für „verlässliche Rahmenbedingungen, die die Rechte auf Forschungsfreiheit in der Pflanzenzüchtung wahren, eine verantwortungsbewusste Weiterentwicklung und Anwendung der Grünen Gentechnik ermöglichen, die Rohstoffversorgung für die deutsche und europäische Veredlungs- und Ernährungswirtschaft sicherstellen und eine lückenlose Verbraucherinformation gewährleisten.“ So steht es in einem Positionspapier vom 18.5.2009 mit Forderungen an den Runden Tisch Gentechnik im Bundesforschungsministerium. Das Papier hatte auch die DLG unterzeichnet - von Neutralität also keine Spur. Vielmehr zeigt sich hier das Muster, das die ganze Gesellschaft durchzieht: 80 Prozent lehnen Gentechnik ab, aber die übrigen 20 Prozent besetzen alle wichtigen Schaltstellen in Forschung, Politik, Behörden, Interessenverbänden und Medien.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 109 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(127) Die Seilschaften der Gentechnik in Deutschland reichen bis in den letzten Winkel. Nirgends wird das deutlicher als dort, wo es um unabhängige Kontrolle und die Überprüfung der Sicherheit von gv-Pflanzen für Mensch und Umwelt gehen sollte. Die Kontrollbehörden und -gremien BVL, ZKBS und JKI sind durchsetzt und vielfach eingebunden in die Netzwerke der Gentechnikkonzerne und -lobbyistInnen. Gleiches gilt für die Forschung zu Sicherheitsfragen - auch sie ist Sache derer, die die Gentechnik voranbringen wollen. Hinzu kommt: Sicherheitsforschung ist ein Deckmantel für die Entwicklung neuer manipulierter Sorten und die Erprobung neuer Methoden, um die Agrogentechnik besser handhabbar zu machen. Das Label ist beliebt, weil es hier zur Zeit hohe Fördermittel gibt: Steuergelder der Menschen, die mehrheitlich gegen diese Technik sind, sie aber ohne ihr Wissen und Möglichkeiten der Gegenwehr finanzieren, weil andere Interessen mächtiger sind in diesem Land.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(128) Die biologische Sicherheitsforschung ist der Schwerpunkt des Förderungsprogramms landwirtschaftlicher Gentechnik durch das BMBF. Viele Genversuche sind in den vergangenen Jahren unter dieses Dach geschlüpft, weil unter der rot-grünen Bundesregierung vor allem hier Gelder bereitgestellt wurden. So konnte die grüne Landwirtschafts- und Verbraucherministerin Künast besser verschleiern, dass ausge-

rechnet ihr Ministerium die grüne Gentechnik mit Millionen an Fördermitteln ausstattete. Ein Blick in den Koalitionsvertrag von 2002 hätte besser gezeigt, dass es darum ging, „das Potenzial der Biotechnologie zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandortes Deutschland zu sichern und auszubauen.“ Im Ergebnis kam es zu vielen Umdeklarationen. Auch Versuche zur Entwicklung neuer Produkte und Methoden wurden als Sicherheitsforschung bezeichnet, um Akzeptanz für die Gentechnik und Zugänge zu den Fördermitteln zu schaffen. Genaue Zahlen zu Förderhöhen zu finden, ist schwierig, da in vielen Projekten die Grenze zwischen Forschung zur Sicherheit von gv-Pflanzen einerseits und der Produkt- oder sogar Methodenentwicklung andererseits fließend verläuft. 2005 bis 2008 wurden nach Angaben der Bundesregierung 110 24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen durch 21,5 Mio. € vom BMBF und 3,7 Mio. € vom BMELV gefördert, darunter 3,3 Mio. Euro für Pflanzenentwicklung<sup>111</sup>.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 110 und 111 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(129) Es wurden 8 Projekte zur biologischen Sicherheitsforschung gefördert mit einem Gesamtvolumen von 14.792.000 € (7 Projekte durch das BMBF; ein Projekt durch das BMELV).

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(130) Demgegenüber wurden keine Bundesmittel für Fragen zum flächendeckenden Auskreuzungsmonitoring oder zur Untersuchung der Wirkung von Gentech-Pflanzen auf Bienen sowie deren Ausbreitung durch Bienen bereitgestellt. Das zeigt, dass bestimmte Fragen ausgeklammert wurden - offensichtlich, weil es unmöglich wäre, hier durch Forschung handhabbare Grenzwerte zu liefern.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(131) Das Projekt „Kommunikationsmanagement in der biologischen Sicherheitsforschung“ mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.858.000 € wird ebenfalls aus dem Topf „Biologische Sicherheitsforschung“ finanziert. Davon gehen allein 1.230.000 € an die Firma Genius einschließlich Unteraufträge an TransGen e.V. und TÜV NORD.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(132) Schon die Fördermittelvergabe zeigt, dass es vor allem um Propaganda geht. Teile der Förderungen gehen direkt an die dazugehörigen Internetportale. Die das Förderprogramm begleitende Webseite biosicherheit.de<sup>112</sup> besteht seit 2001 und wird 2004 bis 2010 durch das BMBF als Kommunikationsprojekt mit 1,8 Mio. Euro gefördert.<sup>113</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 112 und 113 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(133) Auf biosicherheit.de werden vor allem Ergebnisse von BMBF-Projekten zur Gentechnikforschung und Ergebnisse des EU-Projekts BIOSAFENET (Schiemann) sowie aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte dargestellt. Das redaktionelle Team besteht aus Sinemus, Minol und weiteren MitarbeiterInnen der Firma Genius, Gerd Spelsberg und weiteren Personen von TransGen sowie zwei Bediensteten des TÜV NORD. Alle drei Firmen bzw. Organisationen sprechen sich mehr oder weniger offen für die Gentechnik aus und haben ein finanzielles Interesse an möglichst vielen Anwendungen der Gentechnik. So sind Genius und TÜV NORD Mitglied des Wirtschaftsverbandes BIO Deutschland.<sup>114</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 114 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herrn Sinemus, Minol und Gerd Spelsberg zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(134) Der TÜV NORD bietet Serviceleistungen bei der Betreuung gentechnischer Anlagen und der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sowie Hilfe bei der Planung, Vermittlung und Durchführung freisetzungsbegleitender Sicherheitsforschung oder zum Monitoring an. Hier betreiben also die AnwenderInnen von Gentechnik die Vermittlung von Ergebnissen aus der Sicherheitsforschung und die Propaganda über die Sicherheit solcher Produkte.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 114 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herrn Sinemus, Minol und Gerd Spelsberg zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(135) Die Ausbildung von VersuchsleiterInnen und Beauftragten für die biologische Sicherheit übernehmen wiederum auch Firmen und Organisationen, die völlig einseitig pro Gentechnik stehen. Eine davon ist DECHEMA. Deren Vorsitzender sagte in einer Rede: „Wenn sich Politiker zu nachwachsenden Rohstoffen bekennen und gleichzeitig die Anwendung der Grünen Gentechnik blockieren, dann ist das entweder Dummheit oder Verantwortungslosigkeit. Beides ist nicht tolerabel.“ Er fügte dann über die vermeintliche „Blockade der Grünen Gentechnik“ in Deutschland an: „Länder wie China und Indien, die zusammen die halbe Weltbevölkerung stellen und diese ernähren müssen, können und werden es sich nicht leisten, fahrlässig auf die Chancen der Grünen Gentechnik zu verzichten. Verantwortung wahrnehmen hieße deshalb für uns, in der Entwicklung und Anwendung einer sicheren Grünen Gentechnik eine Vorreiterrolle zu besetzen und dieses Wissen anderen Ländern zur Verfügung zu stellen.“<sup>115</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 115 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Vorsitzenden der DECHEMA zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(136) Die als Sicherheitsforschung deklarierten Versuche sind Hilfen bei der Produktentwicklung. Sie dienen also den Konzernen. So beantragte Monsanto eine Freisetzung von 2009-2012 in Üplingen und will dabei genau den gleichen Maishybrid MON 89034 x MON 88017 aussäen, der auch von der RWTH Aachen in der von Steuergeldern finanzierten, genehmigten Freisetzung (geplant: 2008-2010) in Braunschweig ausgebracht wurde. Als Ziel von Monsanto steht im Standortregister: „Im Rahmen der beantragten Freisetzung sollen die agronomischen Eigenschaften der gentechnisch veränderten Maislinien MON 89034 x MON 88017 und MON 89034 x NK603 sowie der zu Grunde liegenden Elternlinien geprüft und mit denen anderer konventioneller und gentechnisch veränderter Hybriden verglichen werden. Des Weiteren sollen zulassungsrelevante Daten und Anwendungsempfehlungen zum Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel für die Anwendung in den gentechnisch veränderten Maislinien MON 89034 x MON 88017 und MON 88017 sowie MON 89034 x NK603 und NK603 erarbeitet werden.“ Was Monsanto im Antrag angab, nämlich „zulassungsrelevante Daten und Anwendungsempfehlungen zum Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel für die Anwendung“ im einem Freilandversuch zu erarbeiten, machte RWTH Aachen mit Steuergeldern und unter dem Deckmantel der Sicherheitsforschung. Praktisch für den Konzern, riskant für Mensch und Umwelt, denn beim RWTH-Versuch sei „ein Eintrag von gentechnischen Veränderungen in konventionelle Sorten eine mit der Freisetzung in Kauf genommene und



genehmigte Folge einer Freisetzungsgenehmigung“ .116  
Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 116 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(137) Wie alle anderen Bundesbehörden und Vergabestellen von Fördermitteln des Bundes verweigerte auch das für die Biosicherheitsförderung zuständige Forschungszentrum Jülich rechtswidrig die Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz.117

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 117 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- diejenigen Akten beizuziehen, in die die Einsicht verweigert worden ist (b).

(138) Seit Beginn der Freisetzen nimmt das Thema Auskreuzung wichtigen Raum in der Debatte um die Gefahren der Gentechnik ein. Dabei geht es um die Frage, wieweit die gentechnischen Veränderungen sich auf gleiche Pflanzenarten ausbreiten, in die Umwelt oder in Lebensmittel gelangen oder sich auch auf andere Lebewesen übertragen könnten. Bemerkenswert spät aber wurde diese Frage auch Gegenstand von Untersuchungen. Schon allein das erregte den Verdacht, dass auch den BefürworterInnen der Gentechnik von Beginn an klar war, dass Auskreuzung stattfindet und nicht zu kontrollieren ist. Forschung hätte das nur bestätigt - da war es GentechnikbefürworterInnen offenbar lieber, gar nicht darüber zu reden. Niemand, auch Konzerne und LobbyistInnen bestritten nicht, dass die Gentechnik früher oder später überall hingelangen würde. Sie konzentrierten sich darauf, den Menschen die Angst vor dieser Ausbreitung zu nehmen.

Zum Beweis dieser Tatsachen, insbesondere dass eine unkontrollierte Auskreuzung stattfindet, wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, internatio-

- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(139) Doch mit den aktuellen Gentechnikgesetzen wurde die Klärung der Koexistenzfrage notwendig. Im § 1 des Gentechnikgesetzes ist festgelegt, dass eine gentechnikfreie Landwirtschaft - konventionell wie biologisch - möglich bleiben muss. Nur: Wie das gelingen kann, darüber gibt es keine wissenschaftlich fundierten Vorschläge. Erfahrungen aus langjährigem Anbau in Nord- und Südamerika sowie Indien zeigen recht deutlich, dass es nicht möglich ist, einmal ausgebrachte Pflanzen mittel- und langfristig zu begrenzen. Insofern ist die Reihenfolge der Geschehnisse in Deutschland höchst seltsam: Erst wurde die Gentechnik in die Landschaft gebracht, dann wurde ein Gesetz erlassen, dass diese Gentechnik nicht überall hin auskreuzen darf. Und nun erst laufen die wissenschaftlichen Untersuchungen an, ob das überhaupt geht.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(140) Auskreuzung kann nicht verhindert werden. Untersucht wird daher nur, wie schnell und wie weit Auskreuzung stattfindet. Ziel ist die Festlegung von Grenzwerten unter denen Produkte dann als gentechnikfrei bezeichnet werden können. Es ist allen Beteiligten klar, dass die vollständige Gentechnikfreiheit im Landbau technisch nicht mehr möglich ist, wenn erst einmal gv-Pflanzen in der Umwelt sind. Daher geht es, obwohl gesetzlich vorgeschrieben, gar nicht mehr um die Koexistenz von gentechnischer und gentechnikfreier Landwirtschaft, sondern um die Festlegung und ständige Erhöhung von Grenzwerten, unterhalb derer Produkte als gentechnikfrei bezeichnet werden, obwohl sie das nicht sind. Zur Zeit liegen die Grenzwerte für gentechnikfreie konventionelle Landwirtschaft bei 0,9 Prozent. Tendenz steigend. Joachim Schiemann (JKI) forscht angeblich zu Grenzwerten, aber fordert längst höhere - ähnlich wie die Konzerne, ForscherInnen und andere Behörden. Dass Koexistenz nur

mit der Grenzwertlücke möglich sei, gibt Schiemann offen zu: „Eine gentechnikfreie Produktion mit Nulltoleranz ist nicht praktikabel. Selbst bei einem völligen Verzicht wären Schwellenwerte für unbeabsichtigte Anteile von GVO in Importwaren unabdingbar. Werden geeignete Schwellenwerte vereinbart, ist eine Koexistenz möglich. Für den Saatgutbereich bedeutet das einen Schwellenwert von mindestens einem Prozent für unbeabsichtigte gv-Beimengungen.“<sup>118</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 118 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (i).

(141) Untersucht wird nur die Auskreuzung durch den Wind (Pollenflug), also die passive Verbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen. Es gibt aber mindestens zwei weitere Wege aktiver Übertragung. Zum einen durch Insekten, vor allem Bienen. Diese fliegen aus eigener Kraft von Pflanze zu Pflanze - und zwar bereits sofort bei der ersten Blüte einer neu ausgebrachten Züchtung und über lange Distanzen (6 bis 10 Kilometer). Langfristig transportieren Insekten die Gensequenzen im Zusammenhang mit Wanderbewegungen auch über unbegrenzt lange Wege. Zum anderen ist inzwischen gesichert, dass es einen horizontalen Gentransfer über Artgrenzen hinweg gibt. Wo diese stattfindet, ist eine Rückverfolgung nicht mehr möglich, weil es keine wissenschaftliche Arbeitshypothese gibt, wo welcher Gentransfer abläuft.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, in-

- international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(142) Hinzu kommt die übliche Streuung durch das Versagen von Mensch oder Maschine. Viele Getreide- und Rapspflanzen an Wegrändern wuchsen aus herausfallenden Körnern von Transportwagen oder aus aufgerissenen Saatgutsäcken. Nicht zu verhindern ist die Vermischung bei Nutzung der gleichen Anhänger und Maschinen, Abfüll- und Reinigungsanlagen. Behälter können verwechselt oder falsch deklariert werden. In der recht jungen Geschichte der grünen Gentechnik ist das alles schon mehrfach passiert. Hoffnung auf Besserung besteht nicht, denn selbst bei den besser gesicherten radioaktiven Stoffen oder Massenvernichtungswaffen sind Schwund und Verwechslung alltäglich.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

Alle als wissenschaftliche Untersuchungen zur Auskreuzungsforschung dargestellten Feldversuche werden von genau den Seilschaften durchgeführt, die in diesem Reader bereits näher dargestellt wurden. Sie haben als PatentinhaberInnen, Dienstleister für Versuchsdurchführung oder Handelnde in Konzernen ein berufliches, politisches oder propagandistisches Interesse an Ergebnissen, die eine spätere Anwendung der Gentechnik nicht behindern. Hier findet folglich gerichtete Wissenschaft statt, die - wie üblich - bestimmte Interessen verfolgt und nicht unabhängig ist.

(143) Angesichts der auch von GentechnikbefürworterInnen erkannten grundsätzlichen Unmöglichkeit der Verhinderung von Auskreuzung in der Umwelt ist zudem als neues Argument bereits vorbereitet worden, dass diese Verhinderung allein kein ein-

klagbares Ziel sei. Ausgerechnet das BVL stellte am 23.4.2009 vor dem Verwaltungsgericht klar, dass die Koexistenzgarantie des § 1 GentG, Satz 2 keine Rolle spiele: „Die Möglichkeit von Auskreuzungen, die auch bei Anordnung eines deutlich größeren Isolationsabstandes im Freiland nie vollständig ausgeschlossen werden könne, stehe der Erteilung der von der Beigeladenen beantragten Genehmigung nicht entgegen. Auskreuzungen seien nur dann als schädliche Einwirkungen im Sinne des § 1 Nr. 1 GentG anzusehen, wenn sie die betroffenen Pflanzen nachteilig veränderten, indem sie etwa zur Ausbildung schädlicher Eigenschaften führten, was bei den streitgegenständlichen transgenen Maispflanzen nach der Bewertung der ZKBS nicht zu erwarten sei“. Zudem könne bei konkreten Nachteilen, „vor denen allein das Gentechnikgesetz schütze“, höchstens Schadenersatz, nicht jedoch das Ende des Genversuchs verlangt werden.<sup>119</sup> Das Gericht schloss sich dieser Auffassung an, die Koexistenzgarantie und Verursacherprinzip im Handstreich zwischen BVL und Verwaltungsgericht praktisch abschaffte.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 119 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- diejenigen Akten des zitierten verwaltungsgerichtlichen Verfahrens beizuziehen (b).

(144) Jeder Auskreuzungsversuch hat Auskreuzung zur Folge (das ist ja im Versuch angelegt), schafft also die Gefahr, die er zu untersuchen vorgibt, selbst.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(145) Auskreuzungssforschung dient der Produktentwicklung, weil sie keine offenen Fragen der Gentechnik untersucht oder mögliche Gefahren bei Zulassungen prüft, sondern selbst die Grundlage für die Zulassung schafft, z.B. die gesetzlichen Grenzwerte, unterhalb derer ein Futter- oder Lebensmittel als gentechnikfrei gilt - ohne es

zu sein. Der oberste Kontrolleur der Gentechnik in Deutschland, BVL-Gentechnikchef Buhk, warnte folgerichtig vor „Schwellenwerten, deren Überschreitung künftig die Kennzeichnungspflicht nach Richtlinie 2001/18/EG beziehungsweise der EU-Verordnung auslösen werden.“ Solche zu niedrigen Grenzwerte hätten Folgen, die „mit erheblichem zeitlichen, administrativen und finanziellen Aufwand verbunden“ sein könnten.120

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 120 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (i).

Zum Vergleich: Eine Forschung an Atomkraftwerken, ab welchem Abstand von den Kraftwerken ein Wohnhaus als strahlungsfrei bezeichnet werden darf, weil es ‚nur‘ eine bestimmte Menge an Radioaktivität abbekommt, würden nur wenige als Sicherheitsforschung begreifen, sondern es wäre ein Beitrag dazu, Atomkraftnutzung handelbar zu machen. Sie wäre damit eine die Atomkraft vorantreibende Forschung. So verhält es sich auch mit der Sicherheitsforschung in der Gentechnik: Sie dient der Durchsetzung von gentechnischen Produkten auf dem Markt, weil Regeln für deren Verbreitung geschaffen werden. Die Forschung hilft dabei, solche Regeln zu finden, die den Gentechnikanbietern genügend Spielraum geben und allen anderen die Möglichkeit nehmen, eine Markteinführung zu verhindern, weil ja nun alles legal ist. Grenzwerte in Gesetzen werden an die Bedürfnisse der Konzerne angepasst, nicht umgekehrt.

(146) Die ersten Auskreuzungsversuche mit transgenen Maissorten liefen 2005-08. Projektpartner waren u.a. die RWTH Aachen, die BBA in Braunschweig und Darmstadt (jetzt JKI) und das BioTestLabor (BTL GmbH) aus den Seilschaften am Agro-BioTechnikum. Die Summe der Fördergelder betrug 3,27 Mio €.121

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 121 bezeichneten

Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(147) Im Jahr 2008 standen wichtige Felder der Auskreuzungsforschung in Rheinstetten-Forchheim (Versuch der Technischen Landeszentrale in Baden-Württemberg), in Braunschweig (RWTH Aachen) und im nahegelegenen Sickte (Versuch des JKI). Fragwürdig ist bereits, dass alle drei Versuchsbetreiber mit klaren Positionen pro Gentechnik auf treten, d.h. die Folgen- und Sicherheitsforschung an der Gentechnik wird von Instituten und Personen durchgeführt, die schon vorher wissen, dass es keine nachteiligen Wirkungen der Gentechnik gibt. 2009 sollte dann der Sickter Versuch, weil er 55.000 Euro Bewachungskosten verursachte, mit dem Forschungsfeld der RWTH Aachen auf dem Gelände der ehemaligen FAL in Braunschweig (Bundesallee) zusammengelegt werden - fiel aber dem MON810-Verbot zum Opfer.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (a).

(148) An der Aachener Uni gibt es keine landwirtschaftliche Fakultät. Die Seilschaft aus Aachen (u.a. Ingolf Schuphan, die BVL-Vertreter Bartsch und Gathmann sowie Kogel und Gregor Langen, heute: Uni Gießen) besteht aus Biologen. Sie arbeiten an verschiedenen Orten als Genforscher oder in den Genehmigungsbehörden. Bartsch führte in seiner Zeit in Aachen (1992-2000) selbst Freisetzungsversuche durch, u.a. mit gv-Zuckerrüben der Firma KWS. Schuphan, bei dem Bartsch als wissenschaftlicher Mitarbeiter diente, war Leiter verschiedener BMBF-Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung - obwohl er diese für überflüssig hielt: „Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein Monitoring eigentlich nicht nötig ist, da eben keine schädlichen Auswirkungen des Bt-Mais nachweisbar waren.“<sup>122</sup> und „Unsere Forschungsergebnisse zeigen ganz klar, dass der Anbau von Bt-Mais MON810 keine nachteiligen Wirkungen auf den Naturhaushalt hat. Abstandsflächen zu Naturschutzgebieten sind nicht nötig.“<sup>123</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 122 und 123 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herrn Ingolf Schuphan, Bartsch, Gathmann, Kogel und Gregor Langen zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(149) Seit 2004 ist Bartsch im BVL für Koexistenz und GVO-Monitoring zuständig - der Ausführende von Freisetzungen ist nun also selbst der Kontrolleur. Auch der Ex-RWTHler Achim Gathmann arbeitet dort, eingestellt 2006.<sup>124</sup> So kontrolliert heute

eine Clique, die die Kontrolle für überflüssig hält. Die Böcke spielen Gärtner ...  
Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 124 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herrn Bartsch und Gathmann zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(150) Der Begriff „Monitoring“ bezeichnet das anbaubegleitende Beobachten von Umweltauswirkungen. Etwas sarkastisch kann formuliert werden: Durch Monitoring kann besser dokumentiert werden, dass alles schiefgeht. Monitoring dient nicht der Verhinderung von Auskreuzung, Schäden für die Umwelt oder Gesundheit. Als weiteres Problem angesichts der mächtigen Seilschaften in der Gentechnik besteht, dass auch das Monitoring in denselben Kreisen angesiedelt sein dürfte, die die zu beobachtenden gv-Pflanzen entwickeln, vertreiben, anbauen und daher ein Interesse an ihrer weiteren Verbreitung haben.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 120 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (i).

(151) Praktische Bedeutung hatte das Monitoring von gv-Pflanzen in Deutschland bisher nur beim MON810, der einzigen bereits kommerziell genutzten Pflanze - weil es fehlte! Was folgte, war ein beeindruckendes Drama, ausgelöst durch ein Verbot aller Maissorten mit dem Genkonstrukt MON810 am 27.4.2007 - gegen den erbitterten Protest ausgerechnet des Leiters der Gentechnik-Abteilung beim Bundesamt für Verbraucherschutz, Buhk. Dabei war das Verbot eigentlich sogar überflüssig, denn die vorläufige Genehmigung von MON810 war ohnehin im Oktober des Vorjahres abge-



laufen. Ab diesem Zeitpunkt hätte ein Monitoringplan vorgelegt werden müssen. Doch Monsanto und die MON810 verwendenden Saatgutzüchter (z.B. KWS) setzten auf Schludrigkeit und Wohlwollen der Kontrollbehörden - mit Erfolg. Die teilte erst dann das Aus für den Bt-Mais mit, als alle Saaten in der Erde waren. So wuchs einen Sommer lang verbotener Mais auf Hunderten von Feldern. Gleichzeitig wurde hinter den Kulissen um eine Genehmigung gefeilscht. Notwendig dafür war ein Monitoringplan, denn Monsanto hatte diese Auflage nie erfüllt, die Umweltauswirkungen langfristig beobachten zu lassen. In Windeseile entstand nun dieser Plan und führte am 6.12.2008 zur Wiedezulassung von MON810. Doch der Blick hinter die Kulissen offenbarte, wie sattelfest die Seilschaften der Gentechnik hier sitzen. Der neue Plan basierte laut Monsanto auf bestehenden Überwachungssystemen z.B. bei Bienen, deren ausführende Stellen nie befragt wurden, sowie auf einem Monitoring-Entwurf aus dem Jahr 2004.125

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 125 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (i).

(152) Dessen AutorInnen bildeten eine seltsame Mischung: Drei Behördenmitarbeiter wirkten zusammen mit zwei LobbyistInnen und NutznießerInnen der Gentechnik (Kerstin Schmidt und Jörg Schmidtke aus dem Filz des AgroBioTechnikums in Groß Lüsewitz). Mit im Boot auch die Konzerne. In der Veröffentlichung bedankten sich die AutorInnen für die Unterstützung durch Bayer CropScience, KWS, Monsanto, Pioneer und Syngenta. Eine wichtige Klammer könnte Joachim Schiemann gebildet haben, denn er war als Gründungsmitglied dabei, als das AgroBioTechnikum entstand. Hier kommen erneut Kontrolltätigkeit als Behörde, eigene Versuchsaktivitäten und die Unterstützung von Lobbyarbeit und Freisetzung in einer Person zusammen.126

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 126 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen und Herren Kerstin Schmidt, Jörg Schmidtke und Joachim Schiemann zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(153) Auch die konkrete Ausformulierung des dann akzeptierten Monitoringplanes blieb in der „Familie“: Zunächst schlug das BVL der Firma Monsanto eine Liste mit über 30 potenziellen Beobachtungssystemen vor. Kerstin Schmidt legte daraufhin im Auftrag von Monsanto einen schriftlichen Vorschlag für die genauere Auswahl der Netzwerke vor. Der Vorschlag ihrer Firma BioMath wurde wiederum von Monsanto beim BVL eingereicht und die Behörde genehmigte diesen.<sup>127</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 127 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Kerstin Schmidt zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(154) Bei einer solchen Hintergrundabsicherung im Zusammenspiel mit einer einseitig pro Gentechnik denkenden Kontrollbehörde BVL war nicht überraschend, dass es am Ende hieß: „Der von der Firma Monsanto vorgelegte Plan zur Beobachtung der Umweltwirkungen des Genmais MON810 erfüllt die gestellten Anforderungen in vollem Umfang. Dies stellte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) heute in Berlin noch einmal klar.“<sup>128</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 128 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

Die Behauptung, der von der Firma Monsanto vorgelegte Plan zur Beobachtung der Umweltwirkungen des Genmais MON810 erfülle die gestellten Anforderungen in vollem Umfang, entbehrt einer tatsächlichen und wissenschaftlichen Grundlage.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),

- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

(155) Wie bei der Auskreuzungs- und Sicherheitsforschung auch, liegt das Problem bereits in den undurchdringlichen Seilschaften. In der zuständigen Arbeitsgruppe „Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem“ sitzen wieder die gleichen SeilschafterInnen: Die Leitung hat Joachim Schiemann. Mit dabei auch Bartsch/BVL, Broer/Uni Rostock, Gathmann/RWTH Aachen (jetzt BVL), Schmidt/BioMath, 129 außerdem Behördenvertreter von Landes- und Bundesfachstellen und -ministerien wie BMELV, RKI/BVL, LLG Sachsen-Anhalt, Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, LWK Hannover, LWK Westfalen-Lippe, LWK Rheinland, LWK Weser-Ems, LUFA Nord-West, Landespflanzen-schutzamt Mecklenburg-Vorpommern, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, UBA, Bayerischem Landesamt für Bodenkultur und Pflanzenbau, FAL, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Bundessortenamt und Vertreter von ZALF, BBA sowie der Universitäten Bielefeld, Göttingen und Oldenburg. Sie sitzen zusammen mit der Industrie: Bayer CropScience, Pioneer Hi-Bred, KWS Saat, Syngenta, Monsanto und der Industrieverband Agrar sind dabei, ebenso fehlen Lobbygruppen wie der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter und Genius nicht. 130

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 129 und 130 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigen-gutachten einzuholen (b) sowie
- die Damen und Herren Frau Kerstin Schmidt, Joachim Schiemann, Bartsch, Broer und Gathmann/RWTH zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(156) Nur einmal klappte es nicht mit der Verfilzung: 2005 lehnte die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast die staatliche finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte von Schiemann (BBA) ab, bei denen gentechnisch veränderte Pflanzen entwickelt werden sollten. Schiemann war damals gleichzeitig sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene an der Bewertung von gentechnisch verän-

derten Pflanzen in Zulassungsverfahren beteiligt. Das Rauschen im Blätterwald war groß. Künast sei forschungsfeindlich, sie würde sogar biologische Sicherheitsforschung verhindern, so der Tenor. Die grüne Argumentation in der Bundestagsdebatte am 7. März 2005: „Es soll aber nicht so sein, dass dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die produktnah forschen, nachher eine unabhängige Expertise darüber erstellen, ob diese Produkte den allgemeinen Sicherheitsstandards hinsichtlich der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Biodiversität entsprechen.“<sup>131</sup>

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 131 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Frau Renate Künast zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugin zu vernehmen (c).

(157) Die Gentechnik gerät ständig außer Kontrolle:

- 2005 gelangte gentechnisch kontaminiertes Maissaatgut der Firma Pioneer in eine Reihe deutscher Bundesländer, unter anderem Bayern und Baden-Württemberg. Die Bauern waren erst nach der Aussaat von der Verunreinigung informiert worden.
- In Mexiko, der Wiege des Maisanbaus, haben Wissenschaftler GVO-Bestandteile in Maisproben aus den Jahren 2001 bis 2004 nachgewiesen. Unklar ist nun, wie gentechnisch veränderter Mais auf die Felder dort gelangt ist und ob die Transgene sich im Genpool der alten mexikanischen Landrassen etabliert haben, auf bioSicherheit. de, dem vom Bundesforschungsministerium finanzierten Portal, zu lesen.
- Bei Labortests in den vergangenen drei Monaten entdeckten die Umweltverbände Greenpeace und Friends of the Earth Spuren von Genreis in Lebensmitteln, die in europäischen Geschäften und Restaurants verkauft wurden. Dabei soll es sich um eine Sorte handeln, die weltweit nirgendwo zugelassen ist.
- 39 Prozent (2007) bzw. 33 Prozent (2008) aller Soja-Produkte weisen Spuren von gentechnisch veränderter Soja auf.
- Wie heikel die Gentechnik ist, offenbart die unbeabsichtigte Aussaat von gentechnisch kontaminierten Raps der Deutschen Saatveredelung: Der wegen der Verunreinigung illegale Raps (Gen-Raps ist in der EU tabu) war etwa in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen auf 1500 Hektar ausgesät worden.
- Pressebericht: „Da sind Kartoffeln“, sagt Erbe - gentechnisch veränderte Pflanzen der Sorte Amflora, die Hersteller BASF vergangenes Jahr auf dem Feld getestet hatte. Inzwischen ist der Anbauversuch beendet, aber die bisher nicht zugelassenen Kartoffeln sind immer noch da, wie Erbes Inspektion ... zeigte.
- Im Mai 2009 meldete Ökotest, bei etlichen Stichproben von Lebensmitteln Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen gefunden zu haben. In allen Fällen waren die Hersteller überrascht und wollten diese Verunreinigungen auch nicht haben. Ökotest zog das Fazit, dass Gentechnikfreiheit nicht möglich sei, solange es Felder mit GVO gäbe.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g) sowie
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h).

Gentechnik ist nicht sicher. Eine dem Gentechnikgesetz entsprechende Kontrolle findet wegen der legalen und unter Umständen auch illegalen Korruption nicht statt.

(158) Es ist das spezifisch Deutsche an der Agrogentechnik im Land, dass sich die großen Konzerne gern ein bisschen verstecken. Es soll nicht auffallen, wie eng Regierungen und Behörden mit ihnen verwoben sind. Doch mit BASF, Bayer und KWS ist es nicht anders wie mit Rüstungs-, Energie- oder Automobilkonzernen, Banken oder Versicherungen. Sie alle sind personell eng verflochten mit Aufsichtsbehörden, nehmen Einfluss über Lobbygruppen und sitzen an den Tischen, wenn Gesetze geschmiedet oder der Kuchen voller Fördergelder verteilt wird. Nur wissen die Gentechnikfirmen, dass ihr Geschäft im Land nicht so beliebt ist wie der Bau von CO<sub>2</sub>-Schleudern auf vier Rädern oder mit rauchenden Schloten. Darum setzen sie auf eine andere Strategie: Tarnung. Statt selbst zu agieren, dulden sie die Entstehung vieler Kleinstfirmen und regionaler Biotechnologieinitiativen. Hinter diesen stehen dann als Auftrag- und Geldgeber die Konzerne. Wer genau hinguckt, sieht sie auch: Syngenta, BASF und Pioneer kamen auf der 4. EIGMO-Tagung in Rostock mit BVL, JKI und EFSA zusammen. Monsanto sponsorte das Treffen.<sup>132</sup> BASF stellte den Wachschatz an den Versuchsfeldern des AgroBioTechnikums. Hartwig Stiebler, Anwalt von Monsanto, vertrat BioTechFarm und biovativ (AgroBioTechnikum) gegenüber KritikerInnen. Denn was die ‚Kleinen‘ entwickeln oder durchsetzen, wird später den großen Konzernen dienen.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 132 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigen Gutachten einzuholen (b).

(159) Lokal ist es ähnlich: Wenn in Hannover<sup>133</sup> die SchülerInnen frühzeitig selbst gentechnisch manipulieren können, stehen KWS und der Fonds der chemischen In-

dustrie dahinter. Wenn ein teures Propaganda-Fahrzeug mit dem klangvollen Namen „Science Live Mobil“ durchs Land fährt, dann handeln wieder Staat, Konzerne und Lobbygruppen gemeinsam. Die mit Steuergeldern gefütterten regionalen Biotechnologieinitiativen werden von Ex-Konzernmanagern geführt - sei es Jens Katzek, ehemals KWS, jetzt bei BIO Mitteldeutschland, oder der Ex-Bayer-Manager Bernward Garthoff, bei BIO.NRW.134

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter den Fundstellenziffern 133 und 134 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- die Herren Jens Katzek und Bernward Garthoff zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(160) Hand in Hand - wie bei der Anwendung der Gentechnik auch - versuchen die Minderheiten, ihre Vorstellungen der biotechnologisch designten Gesellschaft in die Köpfe der Mehrheit zu bringen. Dazu gehört immer auch die Diffamierung der Gentechnikkritik, „mit dem Ziel, dass wir die Jugend ein bisschen immunisieren gegen diese merkwürdige Propaganda“.135

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 135 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(161) 1997 berieten Bayer, Monsanto und andere Agromultis in Amsterdam gemeinsam über die Strategie, die genmanipulierte Sojabohne in Europa zu lancieren. Während Monsanto dabei auf die Dienste des berühmten PR-Unternehmens Burston-Marsteller zurückgriff, engagiert Bayer in solch kniffligen Fällen gerne die Agentur Genius oder TransGen. Bei den Behörden stoßen die Konzerne in der Regel auf wenig Widerstand. So übernahmen diese unbesehen das von den Multis entwickelte Konzept zur wissenschaftlichen Überwachung ihrer Freilandversuche mit den Laborfrüchten. Zum dazugehörigen Fragebogen für LandwirtInnen dankten die Autoren ungeniert den Firmen Bayer CropScience, KWS, Monsanto, Pioneer und Syngenta für die Zusammenarbeit und Unterstützung. Die haben aber auch keinen Grund zum Schimpfen, denn etliche Fördermittel für die Agro-Gentechnik wandern direkt in ihre Kassen oder die ihrer Tochterfirmen.136

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 136 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie

- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

(162) Neben Bayer und KWS engagiert sich BASF in Gentechnik-Lobbygruppen sowie in Kommissionen und Gremien, die eigentlich Gentechnikanwendungen kontrollieren und überwachen sollen. In der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz zur regionalen Wirtschaftsförderung mischte der langjährige Chef und heutige Aufsichtsratsvorsitzende des Chemie-Giganten, Jürgen Strube, von 1992 bis 1998 als Vorsitzender mit.137

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 137 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Jürgen Strube zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(163) Zudem übt er Einfluss über die Medienpolitik von Bertelsmann aus, denn er sitzt dort im Aufsichtsrat, im Kuratorium der Stiftung und war stellvertretender Vorsitzender des von Bertelsmann initiierten Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft.138

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 138 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a),
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b) sowie
- Herrn Jürgen Strube zu laden und in der Hauptverhandlung als Zeugen zu vernehmen (c).

(164) Die Zusammenfassung dieses Readers soll der Schrift „Kontrolle oder Kollaboration?“ entnommen werden, die vielfach zitiert wurde. Sie fällt ein vernichtendes Urteil über die Gentechniklandschaft in Deutschland: „Die Politik ... ist umschlungen von einem fast undurchdringbaren Geflecht von Experten, Consulting-Firmen, Spezialagenturen, Arbeitsgruppen, Initiativen und den vielfältigen Aktivitäten ihrer Beamten, die gemeinsam mit der Industrie sowohl die Risikobewertung als auch die Risikokommunikation organisieren und dabei Politik und Öffentlichkeit zu ihrem Spielball machen. Im Zentrum des Geflechts findet man dabei selten die großen Firmen selbst, sondern eher ‚Spezialagenturen‘ mit exzellenten Kontakten zu Behörden, Politik, Medien und Konzernen. Sie arbeiten als Tarnkappenstrategen der Industrie, finanziert sowohl durch die öffentliche Hand als auch durch die Wirtschaft, sie haben Netzwerke, Seilschaften und Klüngelrunden auf allen relevanten Ebenen organisiert, die Institutionen der EU-Mitgliedsstaaten infiltriert und eine weitgehende Definitionsmacht errungen.“139

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- die in der Broschüre unter der Fundstellenziffer 139 bezeichneten Quellen zu verwerten, auszudrucken und in der Hauptverhandlung zu verlesen (a) sowie
- ein unabhängiges politik-, finanz-, medien- und geschichtswissenschaftliches Sachverständigengutachten einzuholen (b).

Die Einholung der Gutachten wird ergeben, dass diese zusammenfassende Beurteilung zutreffend ist.

(165) Der Justus-Liebig-Universität Gießen ist durch die angeklagte Tathandlung kein immaterieller Schaden entstanden. Es wurden nur 20 % der Pflanzen zerstört. Die Publizierbarkeit der Versuchsergebnisse in der Fachöffentlichkeit wurde nicht, jedenfalls nicht nachvollziehbar beeinträchtigt. Viele Wurzeln wurden gerettet. Das Hauptziel des Versuchs wurde erreicht. Es konnten weitere chemische Analysen durchgeführt werden. Keine einzige Karriere einer jungen Wissenschaftlerin oder eines jungen Wissenschaftlers war und ist beeinträchtigt. Es gab keine Masterarbeit, die durch die Tat nicht fertiggestellt werden konnte. Die beiden angeblich betroffenen Studentinnen oder Studenten sind bis heute nicht namhaft gemacht worden. Es waren keine Doktorarbeiten gefährdet. Die Ertragsforschung war nicht Gegenstand der erteilten Versuchsgenehmigung. Außerdem ist sie im Hinblick die 80% Pflanzen, die nicht zerstört wurden, nicht beeinträchtigt worden. Die Mykorrhiza-Versuche konnten fortgeführt und abgeschlossen werden. Das Hauptziel des Versuchs war „überhaupt nicht gefährdet“. Sonstige Umstände, aus denen geschlossen werden könnte, dass der Wissenschaft ein immaterieller Schaden entstanden sein könnte, liegen nicht vor. Sie ergeben sich vor allem nicht aus dem Inhalt der beiden Akten der Justus-Liebig-Universität Gießen. Solche Umstände werden nachvollziehbar auch nicht von der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie den Zeugen Kogel und Langer geschildert.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen



- Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- ein fachübergreifendes wissenschaftliches Schadengutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen.

(166) Es ist nicht nur kein immaterieller Schaden entstanden, vielmehr ist durch die vorzeitige und teilweise Beendigung des - u.a. wegen der Nichteinhaltung wesentlicher Auflagen - rechtswidrigen Versuchs schwerer Schaden von Mensch, Tier, Umwelt und Natur abgewendet worden.

Zum Beweis dieser Tatsachen wird **beantragt**,

- ein biologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (a),
- ein ökologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (b),
- ein biochemisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (c),
- ein ernährungsphysiologisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (d),
- ein human-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (e),
- ein tier-medizinisches Gutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen (f),
- eine sachverständige Stellungnahme von Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg einzuholen (g),
- eine sachverständige Stellungnahme des BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin einzuholen (h) sowie
- ein fachübergreifendes wissenschaftliches Schadengutachten eines unabhängigen, international anerkannten Sachverständigen einzuholen.

D Ö H M E R  
Rechtsanwalt